



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033 T: 351147
E: friedenszentrum@arcor.de
Kto: 123 87-305 PB Han (250 100 30)

Rundbrief 7-12

12.11.12

.: Inhalt .:

Friedenszentrum Intern

Berichte

Aktionen und Petitionen

Termine

Gedicht

Neues aus dem Friedenszentrum

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir möchten euch freundlich an die Überweisung eures Mitgliedsbeitrages erinnern. Dieser beträgt aktuell 5€ (ermäßigt 2,50€) pro Monat. Zudem möchten wir zum 1.1.13 die Postbank verlassen, weil sie zu der für Rüstung tätigen Deutschen Bank gehört. Die geänderte Kontonummer werden wir euch zeitnah mitteilen.

Außerdem möchten wir auf Anregung von unserem Freund Helmut Kramer unseren Mitgliedern das Buch "Das letzte Tabu" über die NS-Militärjustiz schenken. Es wird euch in den nächsten Tagen vorbeigebracht.

Leider hat uns der Präsident des Landgerichts auf unsere Bitte (vom Juni 2011, d. Red.), endlich die Anbringung einer Gedenktafel an die Untaten des NS-Regimes in seinem Hause vorzubringen, zum zweiten Mal eine hinauszögernde Antwort geschrieben. Wir zitieren:

"Die in Ihrem Textentwurf für die Tafel in den Blickpunkt gerückte Tätigkeit des Sondergerichts ist eine besonders unmenschliche, aber nicht einzige Erscheinungsform des nationalsozialistischen Unrechtsstaates im Gebäude des Landgerichts gewesen. Ich beabsichtige daher, in Zusammenarbeit mit regionalen Historikern zu prüfen, welche Möglichkeiten einer weitergehenden Information und des Erinnerns an die Rolle des Landgerichts Braunschweig im Nationalsozialismus bestehen."

Aber wir werden nicht aufgeben.

Berichte

Die Volksrepublik China – Armutsbekämpfung und besserer Lebensstandard contra Menschenrechte

... war der Titel eines Vortrages, den Brigitte Riedel (Amnesty international Braunschweig) am 18. Oktober im Rahmen unserer Reihe "Wege zu einer Kultur des Friedens" hielt. Vor vier Jahren, unmittelbar nach der Olympiade in Peking, hatte Frau Riedel schon einmal über dieses Thema referiert, und sie zog die Bilanz, dass die Repression seither größer geworden sei. Seit dem "Arabischen Frühling" sei die Angst der chinesischen Regierung vor den Massen gewachsen. Als Ursache wird die soziale Schieflage angesehen, die durch das ungleichmäßig verteilte Wirtschaftswachstum immer noch zunimmt. Menschenrechtler müssen die immer unberechenbarer werdende Staatsgewalt ebenso fürchten wie die Vertreter von ethnischen oder religiösen Minderheiten. Auch der Protest gegen die – oft gewaltsam praktizierte – Ein-Kind-Politik führt zur Inhaftierung von Kritikern.



Amnesty hat große Schwierigkeiten, an verlässliche Zahlen zu kommen; eine der Ursachen dafür ist die Praxis des "Verschwindenlassens" von Regimekritikern.

Einen Schwerpunkt ihrer Ausführungen legte Frau Riedel auf gewaltsame Räumungen. Menschen verlieren ihre Häuser, an deren Stelle private Wohnblocks errichtet werden. Bauern verlieren ihr Land, das Industriekomplexen weichen muss. Wachstum ist das große Ziel, dem alles untergeordnet wird. Frau Riedel verwies auf die großen wirtschaftlichen Erfolge der Volksrepublik, deren Schattenseite aber, neben einer sich formierenden Immobilienblase, die Unterdrückung jeder Form von Protest ist. Nach ihrer Meinung ist sich die Regierung bewusst, dass der Protest im Lande wächst.

Ingeborg Gerlach

Protest gegen Bundeswehreinsatz im Innern



Am 21. August entschied das Bundesverfassungsgericht in einer gemeinsamen Sitzung seiner beiden Senate, dass unter bestimmten Umständen ein Bundeswehreinsatz im Inneren des Landes möglich sein solle. Das höchste deutsche Gericht vollzieht damit eine Kehrtwende in seiner eigenen Rechtsprechung: Noch vor sechs Jahren war ein solcher Einsatz kategorisch ausgeschlossen worden. Das entsprach der Absicht des Grundgesetzes, das eine strikte Trennung von Polizei und Militär vorsieht.

Das Urteil könnte das Einfallstor für künftige Bundeswehreinheiten im Innern werden. Nicht nur Atomkraftgegner fürchten, dass bei Protestaktionen in Zukunft die Bundeswehr zu Hilfe gerufen wird. Zusätzliche Nahrung erhält das Misstrauen gegenüber dieser Entscheidung durch die Tatsache, dass die Bundeswehr neue Einheiten aus Reservisten aufstellen will. Angeblich sind 27 solcher Einheiten in Kompagniestärke geplant.

Außerdem wird verstärkt an der seit Jahren geplanten Phantomstadt Schnöggersburg in der Altmark gearbeitet. Hier kann der Häuserkampf geübt werden, und zwar in mitteleuropäischer Umgebung. Fürchten die Politiker auch in Deutschland soziale Unruhen im Zuge einer sich ausweitenden Eurokrise, gegen die die neuen Einheiten der Bundeswehr eingesetzt werden könnten?

Das Friedenszentrum Braunschweig e.V. protestiert gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es wird die Entwicklung weiterhin kritisch beobachten und die Auseinandersetzung im nächsten Jahr durch einen Vortrag vertiefen.

Wir halten ein grundsätzliches Umdenken für unumgänglich. Dringend gefordert ist der Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung und eine Reduzierung des militärischen Potenzials.

Unterstützt deshalb die Kampagne [20 Millionen mehr vom Militär für den Zivilen Friedensdienst!](#)

Aktionen und Petitionen

Mit dem Europäischen Bürgerbegehren eröffnet sich eine neue Möglichkeit zur Beteiligung und Einflussnahme auf die Politik Europas. Daher hat ver.di die Europäische Bürgerinitiative "**Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht**" zusammen mit anderen europäischen Gewerkschaften und vielen Unterstützerorganisationen gestartet.

Link:

<http://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht/+ +co+ +1d5e28cc-b943-11e1-7bb4-0019b9e321cd>

Vor einigen Wochen hat David Cameron, Premierminister des Vereinigten Königreichs, behauptet, **dass Waffenverkäufe an die eigene Bevölkerung unterdrückende Regime rechtlich und moralisch in Ordnung seien**. Nehmt an folgender Petition teil und zeigt ihm damit, dass ihr damit nicht einverstanden seid!

Link: <http://act.caat.org.uk/petition/10>

Die **iranische Menschenrechtsanwältin** Nasrin Sotoudeh (49) ist am 9. Januar 2011 zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt worden. Gegen die Mutter zweier Kinder im Alter von zwölf und fünf Jahren wurde außerdem ein 6-jähriges **Berufs- und Ausreiseverbot** verhängt. Amnesty International betrachtet Nasrin Sotoudeh als eine **gewaltlose politische Gefangene**, die nur aufgrund

ihrer Arbeit als Anwältin festgehalten wird, und **fordert ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.**

Link: http://action.amnesty.de/l/ger/p/dia/action/public/?action_KEY=8879&d=1

Termine

21.11.2012, 20.03 h: Unsere nächste Friedens-Sendung auf Radio Okerwelle auf 104,6 kHz, Thema: ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG. Alle bisherigen Sendungen (die Wortbeiträge) sind im Büro ausleihbar.

7.-9.12.: Tagung: Evaluierung der zivilen Krisenprävention. Mit welchen Maßstäben bewerten wir ihren Erfolg? Ort: Evangelische Akademie Loccum

Gedicht

GRÜNDE

"Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen ...

Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken ...

Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse ...

Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind"

Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber

die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind

Erich Fried

Mit Friedensgruß, Frieder Schöbel und Daniel Gottschalk